



Budget 2011 mit einem Steuerfuss von neu 119 %

Das Wichtigste in Kürze

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat die Budgetziele wie folgt festgelegt:

- Nullwachstum beim Nettoaufwand
- Ausgeglichenes Budget
- Unveränderter Steuerfuss von 117 %

2. Vorliegendes Budget

- Der Steuerfuss beträgt 119 %.
- Der Voranschlag schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 774'600.
- Der Nettoaufwand beträgt CHF 13'900'700 (+2,1 % gegenüber Rechnung 2009).
- Es sind Nettoinvestitionen von CHF 1'835'000 vorgesehen.

3. Abweichungen

Das Budget 2011 ist weiterhin geprägt durch die Konzentration auf das Wesentliche und Notwendige. Die Gemeinde muss zusätzlich mit den Umsetzungskosten der Pflegefinanzierung rechnen. Die Kosten in den Bereichen Gesundheit und Soziale Wohlfahrt steigen weiter an. Auch die gebundenen Ausgaben, wie der Restkostenanteil an Sonderschulen und der Bereich Vormundschaftswesen nehmen stetig zu.

Obwohl der Gemeinderat in seinen Budgetzielen festhielt, dass der Nettoaufwand keine Veränderung gegenüber der Rechnung 2009 erfahren soll und der Steuerfuss bei 117 % beibehalten werden soll, konnte eine Zunahme des Nettoaufwands und eine Steuerfusserhöhung von 2 % nicht verhindert werden.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der Rechnung 2009 sind wie folgt zu verzeichnen:

<u>Mehraufwand / Mindereinnahmen:</u>	in CHF
- Mehrbelastung Regionaler Vormundschaftsdienst	+129'000
- Mindereinnahmen Gebühren für Amtshandlungen	+119'000
- Mehraufwand Entschädigung an Repol Zofingen	+123'000
- Mehraufwand Informatik Schule	+116'000
- Neue Beiträge an Kanton für die Umsetzung der Pflegefinanzierung	+425'000
- höherer Defizitbeitrag an Sonderschulen	+238'000

- Mehraufwand Materielle Hilfe	+139'000
- Mehraufwand Löhne Sozialdienst	+102'000
- höherer Beitrag an öffentlichen Verkehr	+74'000
- kein Finanzausgleich	+186'000
- höherer Abschreibungsaufwand	+130'000
- Abschreibungen auf Bilanzfehlbetrag	+75'000

Mehrertrag / Minderausgaben:

- Minderaufwand für Beiträgen an Private (Sonderschule)	-112'000
- Mehreinnahmen Rückerstattung Materielle Hilfe	-475'000
- Mehreinnahmen an Beiträge des Kantons	-300'000
- Mehrertrag Einkommens- und Vermögenssteuern	-654'300
- Mehrertrag Aktiensteuern	-679'000

Die grössten Ausgaben bei den Investitionen finden sich in das Informatikkonzept Schule mit CHF 598'000 und dem Werksbeitrag Verkehrssanierung mit CHF 400'000.

4. Entwicklung der Steuererträge

Ausgehend von der Erreichung der budgetierten Steuererträge des Jahres 2010 und der Erholung der Wirtschaftslage kann mit einem Mehr an Steuern sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen gerechnet werden. Die Steuerfusserhöhung von 2% auf neu 119% ist zusätzlich berücksichtigt.

Jahr	Einkommens- und Vermögens- Steuern	Quellensteuern	Aktiensteuern	Total
Ist 2002	9'884'790.15	187'503.70	1'213'706.60	11'286'000.45
Ist 2003	10'764'140.10	233'105.20	1'337'668.65	12'334'913.95
Ist 2004	11'893'244.70	221'712.00	324'674.35	12'439'631.05
Ist 2005	11'623'545.60	251'460.60	1'289'054.30	13'164'060.50
Ist 2006	11'676'609.05	297'638.30	2'154'472.00	14'128'719.35
Ist 2007	12'274'190.95	307'067.90	1'607'163.65	14'188'422.50
Ist 2008	12'999'867.40	437'639.90	966'481.70	14'403'989.00
Ist 2009	13'075'712.35	551'859.90	1'020'951'.85	14'648'524.10
Soll 2010	13'200'000.00	400'000.00	1'400'000.00	15'000'000.00
Soll 2011	13'730'000.00	600'000'00	1'700'000.00	16'030'000.00

5. Investitionsrechnung

5.1 Einwohnergemeinde:

Bereits bewilligte Kredite:	in CHF
• Schulmobiliar 3. Etappe (Teiltranche)	20'000
• Informatikkonzept Schule	598'000
• Strassenlärmsanierung Oltnerstrasse und Bernstrasse	70'000
• Verkehrssanierung	400'000
• Initial-Planungskredit Stadtaufwertung (Überbauung am Bahnhof) Teiltranche	37'000
• Planungskredit Aufwertung öffentlicher Raum Altstadt	60'000

Noch nicht bewilligte Kredite:	
• Planungskredit Sanierung Schulanlage Höhe	80'000
• Strassenunterhalt, Rahmenkredit (RK)	130'000
• Strassensanierung, RK	175'000
• Stadtaufwertung, RK	265'000

Total Investitionsausgaben der Einwohnergemeinde 1'835'000

Die Investitionsvorhaben der Eigenwirtschaftsbetriebe setzen sich wie folgt zusammen:

5.2 Wasserversorgung:

Noch nicht bewilligte Kredite:	
• Netzerweiterungen, RK	215'000
• Wasserleitung Grubenstrasse/Rotelstrasse, Budgetkredit (BK)	215'000

5.3 Abwasserbeseitigung:

Bereits bewilligter Kredit:	
• Sanierung Kanalisation Frohburgstrasse-Falkenhof	390'000
Noch nicht bewilligte Kredite	
• Sanierungen Kanalisation, RK	140'000
• Sanierung Kanalisation Tych, Verpflichtungskredit (VK)	720'000

5.4 Elektrizitätsversorgung:

Noch nicht bewilligte Kredite	
• Mittelspannung, RK	155'000
• Niederspannung, RK	265'000
• Rohrblock inkl. KVK Lerchmattstrasse, BK	135'000
• Rohrblock inkl. KVK Grubenstrasse/Rotelstrasse, BK	225'000
• MS Anlage Trafostation Perry Center, VK	345'000

Investitionsausgaben Eigenwirtschaftsbetriebe 2'805'000

6. Eigenwirtschaftsbetriebe

6.1 Abfallbewirtschaftung / Wertstoffe

Das Budget der Abfallbewirtschaftung / Wertstoffe rechnet mit einem kleinen Aufwand-Überschuss von CHF 1'800, welcher aus der Spezialfinanzierung gedeckt werden kann.

6.2 Abwasserbeseitigung

Die Laufende Rechnung der Abwasserbeseitigung schliesst mit einem mutmasslichen Überschuss (zusätzliche Vorschussabtragung) von rund CHF 304'000. Die Nettoinvestitions-Zunahme von CHF 885'500 führt zu einer Erhöhung der Schuld gegenüber der Einwohnergemeinde per Ende 2011.

6.3 Wasserversorgung

Das Budget der Wasserversorgung rechnet nach vorgeschriebenen Abschreibungen mit einem Überschuss von CHF 268'100. Nach Finanzierung der Nettoinvestitionen von CHF 540'000, bleibt ein mutmassliches Guthaben per Ende 2011 von rund CHF 341'000.

6.4 Elektrizitätsversorgung

Die Laufende Rechnung der Elektrizitätsversorgung im Netz weist einen mutmasslichen Ertragsüberschuss von CHF 163'000, welche der Reserven zugewiesen werden kann. Bei der lfd. Rechnung der Energie hingegen muss ein Aufwandüberschuss von CHF 37'800 budgetiert werden. Dieser Fehlbetrag kann jedoch aus den Reserven gedeckt werden.

7. Schlussfolgerung

Mit Sparen alleine kann kein ausgeglichenes Budget erreicht werden. Mit neuen, jährlich wiederkehrenden Ausgaben, wie die Pflegefinanzierung ab 2011 von CHF 425'000 und ab 2012 die höheren Beiträge an die stationäre Grundversorgung von weiteren CHF 350'000 wird die Laufende Rechnung zusätzlich belastet. Die Ausgaben bei der Sozialen Wohlfahrt steigen weiter an. Mit einer restriktiveren Sozialpolitik will der Gemeinderat dieses Ausgabenwachstum bremsen. Selbstverständlich verfolgt er dabei unverändert eine menschenwürdige Lebensführung der in Not geratenen Menschen. Es darf aber auch nicht die Attraktivität von Aarburg durch den weiteren Abbau von Dienstleistungen geschmälert werden. Deshalb beantragt der Gemeinderat eine massvolle Steuerfusserhöhung von 2%.

Mit dieser Steuerfusserhöhung, einem leichten Wirtschaftsaufschwung, der Strategie zur nachhaltigen Tragbarkeit der Sozialhilfeausgaben kann die finanzielle Tragbarkeit der Gemeinde Aarburg wieder ins Lot gebracht werden.

Dabei hat die Stadtaufwertung nach wie vor eine hohe Priorität, auch wenn sie im Moment entsprechende finanzielle Ressourcen bindet. Sie wird jedoch längerfristig ebenfalls eine finanzielle Entlastung bringen. Die übrigen anstehenden Investitionen müssen sorgfältig geplant und in den nächsten Jahren im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel angegangen und umgesetzt werden.

8. Antrag

Das Budget 2011 mit einem Steuerfuss von neu 119 % sei zu genehmigen.